



Ausgabe 25 | Juni 2020

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Beiträge des österreichischen Arbeitgebers an eine österreichische betriebliche Vorsorgekasse als Arbeitslohn
- > Behandlung einer Investitionszulage und nicht abziehbarer Betriebsausgaben bei der Berechnung nicht abziehbarer Schuldzinsen nach § 4 Abs. 4a EStG
- > EuGH-Vorlage zur Organschaft

Finanzgerichte

- > Nachweis der Besteuerung ausländischen Arbeitslohns durch Arbeitgeberbescheinigung möglich
- > Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Höhe der Säumniszuschläge

Finanzverwaltung

- > Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in Albanien vom 26. November 2019
- > Abgeltungsteuer; Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. (Frankreich) im Jahr 2019; Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach §§ 1, 7 KapErhStG
- > Konsultationsvereinbarung betreffend die steuerliche Behandlung des Arbeitslohns sowie staatliche Unterstützungsleistungen an unselbstständig Erwerbstätige während der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie
- > Reform der Kfz-Steuer

- › Umsetzung des Konjunkturpakets
- › Befristete Absenkung des allgemeinen und ermäßigten Umsatzsteuersatzes zum 1. Juli 2020
- › Umsatzsteuer; Steuerbefreiung für Leistungen für die Schifffahrt auf Hoher See

Weitere Meldungen

- › Anwendung der BFH-Urteile zu der Konzernklausel § 6a GrEStG

› Recht

Arbeit und Soziales

- › Sind Urlaubszeiten für Mehrarbeitszuschläge zu berücksichtigen?
- › Sturz beim Skifahren auf mehrtägiger, vom Arbeitgeber organisierten Reise kann Arbeitsunfall sein
- › Rauchen am Arbeitsplatz schließt den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung nicht generell aus

Sonstiges Recht

- › Unternehmensverantwortung stärken, Arbeitnehmer und Verbraucher schützen - gerade in Krisenzeiten

› Wirtschaft

Branchen

- › Branchenreport Rechtsberatung - Kräftige Umsatzzuwächse

Unternehmen

- › Standgas in Corona-Zeiten - Transport- und Logistikbranche mit durchwachsender Bilanz

Steuern

Bundesfinanzhof

Beiträge des österreichischen Arbeitgebers an eine österreichische betriebliche Vorsorgekasse als Arbeitslohn

Bundesfinanzhof, VI-R-20/17, Urteil vom 13.02.2020

1. Bei den von einem österreichischen Arbeitgeber nach österreichischem Recht für seinen Arbeitnehmer geleisteten Beiträgen an eine betriebliche Vorsorgekasse handelt es sich nach deutschem Recht um zugeflossenen Arbeitslohn.
2. Zukunftssicherungsleistungen i.S. des § 3 Nr. 62 EStG sind über die in § 2 Abs. 2 Nr. 3 Satz 1 LStDV aufgezählten Leistungen hinaus auch Leistungen zur Absicherung der Arbeitslosigkeit.

3. Beiträge an eine österreichische betriebliche Vorsorgekasse sind nur dann nach § 3 Nr. 62 Satz 1 2. Alternative EStG steuerfrei, wenn sie für eine dem deutschen Sozialversicherungssystem vergleichbare Zukunftssicherung geleistet werden.

➤ mehr in LEXinform 0951339 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Behandlung einer Investitionszulage und nicht abziehbarer Betriebsausgaben bei der Berechnung nicht abziehbarer Schuldzinsen nach § 4 Abs. 4a EStG

Bundesfinanzhof, X-R-6/18, Urteil vom 03.12.2019

1. Für Zwecke der Berechnung nicht abziehbarer Schuldzinsen nach § 4 Abs. 4a EStG ist der bilanzielle Gewinn nicht um eine steuerfreie Investitionszulage zu kürzen, da sich diese positiv auf die Kapitalentwicklung des Unternehmens auswirkt.
2. Nicht abziehbare Betriebsausgaben i.S. des § 4 Abs. 5 Satz 1 EStG sind demgegenüber dem Gewinn für Zwecke der Berechnung der nicht abziehbaren Schuldzinsen nicht hinzuzurechnen.

➤ mehr in LEXinform 0951765 | Rechnungslegung



EuGH-Vorlage zur Organschaft

Bundesfinanzhof, V-R-40/19, Beschluss vom 07.05.2020

Dem EuGH werden folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:

1. Ist die in Art. 4 Abs. 4 Unterabs. 2 der Richtlinie 77/388/EWG für die Mitgliedstaaten vorgesehene Ermächtigung, in ihrem Gebiet ansässige Personen, die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, zusammen als einen Steuerpflichtigen zu behandeln, in der Weise auszuüben,
2. a) dass die Behandlung als ein Steuerpflichtiger bei einer dieser Personen erfolgt, die Steuerpflichtige für alle Umsätze dieser Personen ist...

➤ mehr in LEXinform 5023008 | Umsatzsteuer



Finanzgerichte

Nachweis der Besteuerung ausländischen Arbeitslohns durch Arbeitgeberbescheinigung möglich

Finanzgericht Münster, 1-K-1035/11, Mitteilung vom 15.06.2020

Das FG Münster hat entschieden, dass für den Nachweis der Besteuerung von Arbeitslohn in Indien eine Arbeitgeberbescheinigung ausreichen kann. Die Vorlage eines Einkommensteuerbescheides und eines hierauf bezogenen Zahlungsnachweises sind für die Inanspruchnahme der Freistellung gemäß § 50d Abs. 8 EStG nicht in jedem Fall zwingend erforderlich.

➤ mehr in LEXinform 0456752 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Höhe der Säumniszuschläge

Finanzgericht Münster, 12-V-901/20, Mitteilung vom 15.06.2020

Die Höhe der Säumniszuschläge von 1 % pro Monat begegnet trotz des derzeit niedrigen Zinsniveaus keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Dies hat das FG Münster in einem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0456751 | Steuerliches Verfahrensrecht



Finanzverwaltung

Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in Albanien vom 26. November 2019

Bundesministerium der Finanzen, IV C 4 - S-2223 / 19 / 10003 :002, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 15.06.2020

Das Erdbeben in Albanien im November 2019 hat sehr große Schäden an der Infrastruktur verursacht, die nach der Naturkatastrophe eine humanitäre Katastrophe befürchten lassen. Das BMF hat die zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in Albanien getroffenen Verwaltungsregelungen in diesem Schreiben zusammengefasst.

➤ mehr in LEXinform 7012344 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Abgeltungsteuer; Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. (Frankreich) im Jahr 2019; Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach §§ 1, 7 KapErhStG

Bundesministerium der Finanzen, IV C 1 - S-2252 / 19 / 10028 :002, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 11.06.2020

Bei der Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. (Frankreich) im Jahr 2019 buchten depotführende Kreditinstitute teilweise für die ?jungen? Aktien die Anschaffungskosten in Höhe des Börsenkurses am ersten Handelstag ein. Außerdem wurde in gleicher Höhe ein steuerpflichtiger Kapitalertrag abgerechnet. Nach den Feststellungen der von den obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder vorgenommenen Prüfung liegen für die o.g. Kapitalmaßnahme die Voraussetzungen einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach §§ 1, 7 KapErhStG vor. Das BMF nimmt zur Abwicklung der vorgenannten Kapitalmaßnahmen Stellung.

➤ mehr in LEXinform 7012339 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Konsultationsvereinbarung betreffend die steuerliche Behandlung des Arbeitslohns sowie staatliche Unterstützungsleistungen an unselbstständig Erwerbstätige während der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie

Bundesministerium der Finanzen, IV B 2 - S-1301 -CHE / 07 / 10015-01, Schreiben vom 12.06.2020

Um die Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie auf die Anwendung und Auslegung der Artikel 15 und 15a des deutsch-schweizerischen DBA möglichst zu verringern, haben die zuständigen Behörden, gestützt auf Artikel 26 Absatz 3 DBA-Schweiz, am 11. Juni 2020 die im BMF-Schreiben dargestellte Konsultationsvereinbarung abgeschlossen.

➤ mehr in LEXinform 7012340 | Internationales Steuerrecht



Reform der Kfz-Steuer

Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung vom 12.06.2020

Die Bundesregierung setzt mit dem am 12.06.2020 beschlossenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes ein klares Zeichen für einen nachhaltigeren und klimafreundlicheren Straßenverkehr.

➤ [mehr in LEXinform 0456740 | Sonstiges Steuerrecht](#)



Umsetzung des Konjunkturpakets

Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung vom 12.06.2020

Die Bundesregierung hat am 12.06.2020 mit dem Entwurf des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes wesentliche Entscheidungen des Konjunktur- und Zukunftspakets getroffen.

➤ [mehr in LEXinform 0456739 | Sonstiges Steuerrecht](#)



Befristete Absenkung des allgemeinen und ermäßigten Umsatzsteuersatzes zum 1. Juli 2020

Bundesministerium der Finanzen, III C 2 - S-7030 / 20 / 10009 :004, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 11.06.2020

Das Bundeskabinett hat am 12. Juni 2020 erste umfangreiche Maßnahmen des Konjunkturpakets beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie entschlossen anzugehen. Dazu zählt insbesondere die befristete Senkung der Umsatzsteuer im zweiten Halbjahr 2020. Hierzu stimmt das BMF derzeit einen Entwurf eines begleitenden BMF-Schreibens mit den obersten Finanzbehörden der Länder ab. Das endgültige Ergebnis der Erörterungen bleibt abzuwarten. Der hier verfügbare Entwurf gibt den Stand vom 11. Juni 2020 wieder.

➤ [mehr in LEXinform 7012341 | Umsatzsteuer](#)



Umsatzsteuer; Steuerbefreiung für Leistungen für die Schifffahrt auf Hoher See

Bundesministerium der Finanzen, III C 3 - S-7155 / 19 / 10003 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 15.06.2020

Das BMF hat den Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) vom 1. Oktober 2010, BStBl I S. 864, der zuletzt durch das BMF-Schreiben vom 3. Juni 2020 geändert worden ist, erneut geändert. Insbesondere wird die Steuerbefreiung gem. §§ 4 Nr. 2, 8 UStG für Leistungen für die Schifffahrt auf Hoher See in Abschnitt 8.1 Abs. 2 UStAE geändert.

➤ [mehr in LEXinform 7012345 | Umsatzsteuer](#)



Weitere Meldungen

Anwendung der BFH-Urteile zu der Konzernklausel § 6a GrEStG

Deubner Verlag, Anmerkung vom 16.06.2020

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit mehreren Urteilen vom August 2019 die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Konzernklausel gem. § 6a GrEStG näher definiert.

➤ [mehr in LEXinform 0653747](#) | Sonstiges Steuerrecht



Recht

Arbeit und Soziales

Sind Urlaubszeiten für Mehrarbeitszuschläge zu berücksichtigen?

Bundesarbeitsgericht, 10-AZR-210/19-(A), Pressemitteilung vom 17.06.2020

Ein Tarifvertrag, der für die Berechnung von Mehrarbeitszuschlägen nur die tatsächlich gearbeiteten Stunden berücksichtigt und nicht auch die Stunden, in denen der Arbeitnehmer seinen bezahlten Mindestjahresurlaub in Anspruch nimmt, könnte gegen Unionsrecht verstoßen. Das BAG richtet daher ein Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH, um diese Frage zu klären.

➤ [mehr in LEXinform 0456769](#) | Arbeitsrecht



Sturz beim Skifahren auf mehrtägiger, vom Arbeitgeber organisierten Reise kann Arbeitsunfall sein

Landessozialgericht Baden-Württemberg, L-10-U-289/18, Pressemitteilung vom 16.06.2020

Das LSG Baden-Württemberg hat entschieden, dass das während einer betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung neben anderen Aktivitäten angebotene Skifahren unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stehen kann.

➤ [mehr in LEXinform 0456771](#) | Sozialrecht



Rauchen am Arbeitsplatz schließt den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung nicht generell aus

Landessozialgericht Baden-Württemberg, L-1-U-3920/18, Pressemitteilung vom 18.05.2020

Das LSG Baden-Württemberg hat entschieden, dass der betriebsbezogene Löschversuch eines vom Arbeitnehmer veranlassten Feuers versichert ist.

➤ [mehr in LEXinform 0456759](#) | Sozialrecht



Sonstiges Recht

Unternehmensverantwortung stärken, Arbeitnehmer und Verbraucher schützen - gerade in Krisenzeiten

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Pressemitteilung vom 16.06.2020

Die Bundesregierung hat am 16.06.2020 den von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft beschlossen.

> mehr in LEXinform 0456756 | Sonstiges Recht



Wirtschaft

Branchen

Branchenreport Rechtsberatung - Kräftige Umsatzzuwächse

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Analyse vom 27.05.2020

Die Rechtsberatung gehört zu den Branchen, die in den vergangenen Jahren deutlich zugelegt haben: Anwaltskanzleien ohne Notariat erwirtschafteten von 2015 bis 2018 einen Umsatzzuwachs von 10,1%, Kanzleien mit Notariat ein Plus von 5,3%. Auch 2019 sind die Honorareinnahmen angestiegen, branchenweit ebenso wie bei den Durchschnittsumsätzen pro Kanzlei. Da Rechtsberatung weiterhin stark nachgefragt wird, dürfte die Branche ihren Wachstumskurs halten. Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.

> mehr in LEXinform 2201057



Unternehmen

Standgas in Corona-Zeiten - Transport- und Logistikbranche mit durchwachsender Bilanz

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 04.06.2020

Die Corona-Pandemie hält die Wirtschaft fest im Griff - auch die Transport- und Logistikbranche ist von eingefrorenen oder sogar stornierten Aufträgen und daraus resultierender Kurzarbeit betroffen. Creditsafe Deutschland hat in einer Analyse nun ermittelt, wie stabil diese Branche aufgestellt ist.

> mehr in LEXinform 2094281



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Kerstin Welszek

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG

90329 Nürnberg

Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann